

FZ 1. 8. 2006

# Schulplan bleibt weiter Zankapfel

## SPD nimmt CDU-Interpretation aufs Korn

red. MAINZ-BINGEN „Wer die Antwort der Landesregierung zur Neuordnung der Schullandschaft im Landkreis Mainz Bingen richtig liest, wird feststellen, dass von einer Bestätigung der CDU-Position keine Rede sein kann – das Gegenteil ist der Fall“, kritisieren die SPD-Landtagsabgeordnete Marianne Grosse und der SPD-Fraktionsvorsitzende Michael Reitzel die Stellungnahme der CDU.

So zitiert die CDU die Landesregierung, dass „im Februar 2007 eine frühestmögliche Antragsstellung von Vorteil sei“, und suggeriere dabei, dass es sich bei dieser Anmeldung um die des Landkreises für die Schulentwicklung handle. „Ausdrücklich bezieht sich die Landesregierung jedoch auf den Anmeldetermin für die Schulen der Sekundarstufe 1. Das heißt, die Eltern müssen ihre Kinder bis zu diesem Zeitpunkt für das Schuljahr 2007/2008 angemeldet haben und dazu müssen die Eltern wissen, unter welchen Voraussetzungen sie ihre Kinder an welchen Schulen anmelden können“, so Grosse und Reitzel weiter.

Die Landesregierung weist darauf hin, dass bei einer Umsetzung des Schulentwicklungsplanes zum Schuljahr 2007/2008 die Antragsstellung

des Kreises „unter Berücksichtigung der umfangreichen Beteiligungsverfahren“ frühestmöglich erfolgen sollte. „Die CDU-Aussage, der Landesregierung zufolge wäre sogar eine spätere Antragsstellung vorteilhaft gewesen, ist schwarz auf weiß belegbar falsch“, empören sich die beiden SPD-Politiker. Hier würden bewusst oder unbewusst Unwahrheiten von Seiten der CDU verbreitet.

„In höchstem Maße erstaunt“ zeigten sich Grosse und Reitzel über die wankelmütige Haltung der CDU in der VG Bodenheim. Unter der Leitung des Fraktionsvorsitzenden Schäfer sei die CDU am 30. Mai einstimmig dem Antrag ihres Koalitionspartners FWG gefolgt, die Regionale Schule in ein Gymnasium umzuwandeln. Dass dann bei der Abstimmung im Kreistag die ebenfalls aus der VG stammende Frau Schäfer eine flammende Rede für den Erhalt der Regionalen Schule gehalten habe, sei nicht nur höchst bedenklich, sondern höchst unglaubwürdig. „Derartige Abstimmungs- und Kommunikationsprobleme dürfen bei einer Partei nicht auftreten, wenn sie glaubwürdig bleiben will“, heißt es in der Pressemitteilung abschließend.